

13 AOÛT 1940

889

364

E 2001 (D) 2/228

*Le Directeur du premier Département de la Banque nationale, M. Schwab,  
au Chef du Département politique, M. Pilet-Golaz*

L S/Sp Vertraulich.

Betrifft: deutsch-schweizerische  
Wirtschaftsverhandlungen.

Zürich, 13. August 1940

[...]<sup>1</sup>

Wollen Sie mir gestatten, noch eine Frage hier kurz zu streifen, die mehr als einmal in persönlichen Gesprächen mit deutschen Herren von diesen aufgegriffen wurde: Es betrifft die Aufrechterhaltung der Mobilmachung unserer Armee. Schon während unserer ersten Berliner Verhandlungsperiode im Juni abhin wurde gelegentlich sogar während einer Verhandlung, bei welcher die Verzögerung schweizerischer Warenlieferungen nach Deutschland ausser mit den langandauernden Blockadeverhandlungen auch mit der Remobilmachung unserer Armee und infolgedessen beschränkten Arbeitskräften motiviert wurde, deutscherseits die Bemerkung gemacht, dass die Aufrechterhaltung unserer Armeebestände nun wohl überflüssig geworden sei. Auch während meiner letzten Berliner Anwesenheit wurde mir die Frage gestellt, weshalb wir eigentlich immer noch ein so grosses Truppenaufgebot unterhalten, nachdem ja die kriegerischen Aktionen auf dem Kontinent zum Abschluss gekommen seien und andererseits der deutsche Führer ja die Erklärung abgegeben habe, dass er die Neutralität der Schweiz respektieren werde, falls sie nicht selbst eine andere Einstellung provoziere. Es war unverkennbar, dass man in gewissen deutschen Kreisen unsere militärische Bereitschaft als eine einseitig gegen Deutschland gerichtete Massnahme betrachtet, in der zum mindesten ein gewisses Misstrauensvotum erblickt wird. Ich habe darauf jeweils bemerkt, dass es sich dabei um eine rein schweizerische, interne Massnahme handle, die selbstverständlich nicht gegen irgend ein bestimmtes Land gerichtet sei, dass es sich dabei aber vor allem um ein schwieriges wirtschaftliches Problem handle, indem es nicht verantwortet werden könnte, heute, bei den stark verminderten Rohmaterialzufuhren, dem Rückgang des Beschäftigungsgrades in vielen Erwerbszweigen, usw., auf einmal hunderttausende arbeitsfähiger Männer zu entlassen, ohne vorher für entsprechende Arbeitsmöglichkeiten gesorgt zu haben. Eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit müsse unter allen Umständen vermieden werden.

Ich weiss, dass unsere verantwortliche Behörde sich intensiv damit beschäftigt, vermehrte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Die Frage ist dringlicher Natur und muss wohl mit allen Mitteln gefördert werden. Andererseits sollte aber m.E. mit einer raschmöglichen Demobilmachung nicht länger zugewartet wer-

---

1. La lettre résume les négociations avec l'Allemagne qui viennent d'aboutir; cf. N° 363.

den, nicht zuletzt mit Rücksicht auf gewisse Einstellungen im Ausland. Wenn nur alle diejenigen Leute, die in fester Anstellung stehen, und die ihre Arbeitsplätze sofort wieder einnehmen könnten (das trifft beispielsweise für das jetzt noch mobilisierte Nationalbank-Personal restlos zu), entlassen würden, so wäre damit schon eine fühlbare Demobilisation und Reduktion der hohen Militärausgaben verbunden. Es würde aber davon auch eine weitere Beruhigung im ganzen Lande ausgehen, was im Interesse unserer Volkswirtschaft, einschliesslich Kapitalmarkt und Währungslage, sehr zu begrüessen wäre. Auf einen Punkt gestatte ich mir noch Ihre besondere Aufmerksamkeit zu lenken: einer der Hauptvorwürfe der uns im Laufe der Verhandlungen von deutscher Seite gemacht wurde, ging dahin, dass Deutschland seit letzten Sommer alles getan habe, um den Clearingverkehr wieder in richtigen Gang zu bringen und die entstandene Clearingschuld von rund 70 Millionen Fr. innert Halbjahresfrist zu tilgen, während die Schweiz mit ihren Warenlieferungen zum Teil versagt habe oder stark in Rückstand gekommen sei. Deutschland hat heute noch einen gewaltigen Warenhunger und hat die bestimmte Erwartung ausgesprochen, dass es nun, nachdem es uns weiter die Kohlenlieferungen zugesagt, auch seinerseits die von ihm gewünschten Warenbezüge in der Schweiz tätigen könne. Es ist unerlässlich, dass nun diejenigen für die Belieferung Deutschlands in Betracht kommenden Industriebetriebe über die erforderlichen Arbeitskräfte verfügen können, und es sollten daher jetzt schon die nötigen Anordnungen getroffen werden, damit die benötigten Arbeitskräfte, soweit sie zurzeit noch im Militärdienst stehen, auf erstes Begehren entlassen werden.

Ich bitte Sie, hochgeehrter Herr Bundespräsident, diese Abschweifung, die vielleicht über den Rahmen meines Mandates als Delegierter für die Wirtschaftsverhandlungen etwas hinausgeht, zu entschuldigen, ich hielt mich aber für verpflichtet, Ihnen auch hierüber kurz meine Auffassung bekannt zu geben<sup>2</sup>.

---

2. *Sur les conséquences de cet accord sur les finances fédérales et les modalités du crédit de clearing, cf. la correspondance entre la Banque nationale, l'Office suisse de compensation et le Département des Finances et des Douanes (E 6100 (B) 1981/96/ 9816.7).*